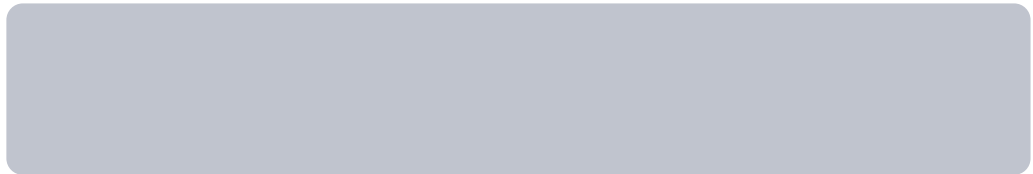
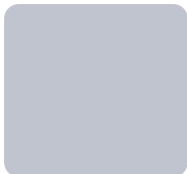




Fernlehrprogramm

zur Vorbereitung auf die
Steuerberater-Prüfung



LEHRPROGRAMM FÜR DIE PRÜFUNGSFÄCHER

STEUERLICHES VERFAHRENSRECHT	1
UMSATZSTEUER	6
ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUER	8
BEWERTUNGSRECHT	9
EINKOMMENSTEUER	10
KÖRPERSCHAFTSTEUER	12
GEWERBESTEUER	14
INTERNATIONALES STEUERRECHT	14
BILANZSTEUERRECHT	16
GRUNDERWERBSTEUER	18
GRUNDZÜGE DER GRUNDSTEUER	19

STEUERLICHES VERFAHRENSRECHT

I. STEUERVERWALTUNGSAKTE

1. Begriff des Steuerverwaltungsakts
2. Form von Verwaltungsakten
3. Bestimmtheit von Verwaltungsakten
4. Begründung von Verwaltungsakten

II. STEUERFESTSETZUNG

1. Steuerbescheide
2. Ablehnung des Erlasses von Steuerbescheiden
3. Steueranmeldungen

III. FESTSTELLUNGSBESCHEIDE

1. Bedeutung der Feststellungsbescheide
2. Einheitliche und gesonderte Feststellung von Einkünften
3. Einheitliche und gesonderte Feststellung in den Fällen des § 180 Abs. 2 AO
4. Gesonderte Feststellung von Einkünften nach § 180 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b AO
5. Feststellung sonstiger Besteuerungsgrundlagen

IV. BEKANNTGABE VON STEUERVERWALTUNGSAKTEN

1. Wirksamwerden von Verwaltungsakten
2. Zeitpunkt des Wirksamwerdens
3. Die wichtigsten Arten der Bekanntgabe
4. Folgen der Bekanntgabe
5. Ordnungsmäßige Bekanntgabe durch richtige Adressierung und Übermittlung an den richtigen Empfänger
6. Adressierung von Steuerverwaltungsakten
7. Übermittlung von Steuerverwaltungsakten an den richtigen Empfänger
8. Bekanntgabe von Verwaltungsakten bei Vertretung von Bevollmächtigten
9. Bekanntgabe an Minderjährige, Geschäftsunfähige, beschränkt Geschäftsfähige
10. Bekanntgabe an Ehegatten
11. Bekanntgabe in Fällen der Gesamtrechtsnachfolge
12. Bekanntgabe von Steuerbescheiden an Personengesellschaften und Gemeinschaften
13. Bekanntgabe von einheitlichen und gesonderten Feststellungen
14. Bekanntgabe an juristische Personen

V. KORREKTUR VON STEUERVERWALTUNGSAKTEN

1. Bindungswirkung
2. Systematik der Korrekturvorschriften
3. Die Berichtigung offenbarer Unrichtigkeiten
4. Rücknahme und Widerruf von sonstigen Steuerverwaltungsakten
5. Die Aufhebung und Änderung von Steuerbescheiden

6. Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 AO)
7. Vorläufige Steuerbescheide (§ 165 AO)
8. Antrag auf schlichte Änderung (§ 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. a AO)
9. Änderungen nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Buchst. b - d AO
10. Änderung von Steuerbescheiden wegen neuer Tatsachen/Beweismittel (§ 173 AO)
11. Änderung wegen widerstreitender Steuerfestsetzungen (§ 174 AO)
12. Änderung von Folgebescheiden (§ 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 AO)
13. Änderung nach Eintritt eines rückwirkenden Ereignisses (§ 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO)
14. Mitberichtigung von materiellen Fehlern im Rahmen der Änderung von Steuerbescheiden (§ 177 AO)
15. Vertrauensschutz bei Änderung von Steuerbescheiden (§ 176 AO)

VI. FESTSETZUNGS- UND ZAHLUNGSVERJÄHRUNG

VII. BERECHNUNG DER FESTSETZUNGSFRIST

1. Beginn der Festsetzungsfrist
2. Dauer der Festsetzungsfrist
3. Ablaufhemmungen
4. Ende der Festsetzungsfrist

VIII. FESTSETZUNGSVERJÄHRUNG BEI GESONDERTEN FESTSTELLUNGEN

1. Beginn der Feststellungsfrist
2. Dauer der Feststellungsfrist

IX. FESTSETZUNGSVERJÄHRUNG FÜR STEUERMESSBESCHEIDE

X. FESTSETZUNGSVERJÄHRUNG FÜR STEUERLICHE NEBENLEISTUNGEN

1. Festsetzungsverjährung für Zinsen
2. Keine Festsetzungsverjährung für folgende Nebenleistungen

XI. EINSPRUCH

XII. ZULÄSSIGKEIT VON EINSPRÜCHEN

1. Statthaftigkeit
2. Form
3. Frist
4. Beschwerde
5. Befugnis
6. Verzicht
7. Rücknahme
8. Geschäftsfähigkeit
9. Ordnungsgemäße Vertretung

XIII. FOLGEN BEI UNZULÄSSIGEN EINSPRÜCHEN

XIV. ENTSCHEIDUNGEN ÜBER EINSPRÜCHE

1. Wiederaufrollung (Gesamtaufrollung)
2. Ausschlussfrist (Präklusionsfrist)
3. Hinzuziehung zum Verfahren
4. Aussetzung der Vollziehung
5. Aussetzung des Verfahrens
6. Ruhen des Verfahrens
7. Beendigung des Einspruchsverfahrens
8. Einspruchsentscheidung
9. Teileinspruchsentscheidung und Abweisung von (Massen-) Einsprüchen

XV. DAS FINANZGERICHTLICHE VERFAHREN

XVI. FINANZGERICHTE

1. Sitz der Finanzgerichte
2. Verfassung und Geschäftsverteilung der Finanzgerichte
3. Zuständigkeit der Finanzgerichte

XVII. DER BUNDESFINANZHOF

1. Sitz
2. Verfassung und Geschäftsverteilung des Bundesfinanzhofs
3. Zuständigkeit des Bundesfinanzhofs

XVIII. EINSCHALTUNG DES FINANZGERICHTS

XIX. KLAGEARTEN

1. Anfechtungsklage
2. Verpflichtungsklage
3. Allgemeine Leistungsklage
4. Feststellungsklage
5. Fortsetzungsfeststellungsklage
6. Keine besonderen Klagearten: Sprungklage und Untätigkeitsklage

XX. ZULÄSSIGKEIT DER KLAGE

1. Finanzrechtsweg
2. Zuständigkeit
3. Statthaftigkeit der Klage
4. Erfolgloses Vorverfahren (bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklagen)
5. Klagebefugnis
6. Klagefrist

7. Beteiligtenfähigkeit
8. Prozessfähigkeit
9. Postulationsfähigkeit
10. Passivlegitimation
11. Ordnungsgemäße Klageerhebung
12. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen

XXI. KLAGEÄNDERUNG

XXII. ÄNDERUNG DES ANGEFOCHTENEN VERWALTUNGSAKTS

1. Die Regelung des § 68 FGO
2. Abhilfebescheid und Erledigung der Hauptsache

XXIII. URTEIL UND ANDERE ENTSCHEIDUNGEN

1. Das Urteil
2. Der Gerichtsbescheid
3. Der Beschluss

XXIV. DIE RECHTSMITTEL DER FGO

XXV. VORLÄUFIGER RECHTSSCHUTZ

1. Aussetzung der Vollziehung
2. Einstweilige Anordnung

XXVI. HAFTUNG

XXVII. HAFTUNGSGRÜNDE

XXVIII. BÜRGERLICH-RECHTLICHE VERTRAGSHAFTUNG FÜR STEUERSCHULDEN

XXIX. STEUERGESETZLICH EREGELTE HAFTUNGSANSPRÜCHE

1. Haftung steuerlicher Hilfspersonen (§ 69 AO)
2. Haftung des Steuerhinterziehers (§ 71 AO)
3. Haftung des Eigentümers von Gegenständen (§ 74 AO)
4. Haftung des Betriebserwerbers (§ 75 AO)
5. Sonstige steuergesetzliche Haftungen (Überblick)

XXX. BÜRGERLICH-RECHTLICHE GESETZLICHE HAFTUNGSTATBESTÄNDE

1. Haftung der Gesellschafter von Personengesellschaften
2. Haftung des Erwerbers eines Handelsgeschäfts

XXXI. STEUERSTRAF- UND STEUERORDNUNGSWIDRIGKEITEN

XXXII. GRUNDBEGRIFFE DES STEUERSTRAFRECHTS

1. Voraussetzungen einer strafbaren Handlung
2. Strafverfolgungsverjährung
3. Täterschaft
4. Teilnahme an einer Straftat

XXXIII. STEUERSTRAFRECHT

1. Steuerhinterziehung (§ 370 AO)
2. Begünstigung eines Steuerhinterziehers (§ 257 StGB)

XXXIV. STEUERORDNUNGSWIDRIGKEITENRECHT

1. Begriff
2. Allgemeiner Teil
3. Leichtfertige Steuerverkürzung (§ 378 AO)
4. Steuergefährdung (§ 379 AO)

XXXV. VOLLSTRECKUNG

1. Begriff Vollstreckung
2. Rechtsgrundlagen der Verwaltungsvollstreckung
3. Dem Grunde nach vollstreckbare Verwaltungsakte
4. Vollstreckungsverfahren nach der ZPO und nach der AO
5. System des Verwaltungsvollstreckungsrechts
6. Beteiligte im Vollstreckungsverfahren
7. Sachliche Zuständigkeit für die Verwaltungsvollstreckung
8. Voraussetzungen für den Beginn der Verwaltungsvollstreckung
9. Vollstreckung wegen Geldforderungen
10. Vollstreckung wegen anderer Leistungen: Handlungen, Duldungen, Unterlassungen

UMSATZSTEUER

I. DER UMSATZSTEUERLICHE LEISTUNGSUSTAUSCH

1. Grundsätzliches
2. Fehlender Leistungsaustausch
3. Leistungsaustausch bei Gesellschafterverhältnissen
4. Nichtsteuerbare Umsätze im Rahmen einer Geschäftsveräußerung
5. Sachleistungen des Arbeitgebers an sein „Personal“

II. DER UNTERNEHMER UND DAS UNTERNEHMEN I.S. DES USTG

1. Der Begriff des Unternehmers und seine Bedeutung
2. Die Voraussetzungen der Unternehmereigenschaft
3. Die Unternehmerfähigkeit (wer kann Unternehmer sein?)
4. Selbständigkeit
5. Gewerbliche oder berufliche Tätigkeit
6. Erzielung von Einnahmen
7. Beginn und Ende der gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit
8. Das Unternehmen
9. Der Verein als Unternehmer
10. Besteuerung der Kleinunternehmer (§ 19 UStG)

III. LIEFERUNGEN UND SONSTIGE LEISTUNGEN

1. Begriff der Lieferung
2. Der Ort der Lieferung
3. Das Reihengeschäft
4. Lieferungen und sonstige Leistungen bei Einschaltung von Mittelspersonen
5. Tauschumsätze und tauschähnliche Umsätze gem. § 3 Abs. 12 UStG
6. Forderungskauf und Forderungseinzug

IV. DIE UNENTGELTLICHE WERTABGABE AUS DEM UNTERNEHMEN

1. Grundsätzliches zur Besteuerung der unentgeltlichen Wertabgabe
2. Die unentgeltliche Entnahme von Gegenständen
3. Unentgeltliche Abgabe von Gegenständen aus unternehmerischen Gründen gem. § 3 Abs. 1b Satz 1 Nr. 3 UStG
4. Den sonstigen Leistungen gleichgestellte Wertabgaben gem. § 3 Abs. 9a UStG
5. Der Ort der unentgeltlichen Wertabgabe
6. Bemessungsgrundlage, Entstehung der Steuerschuld
7. Unentgeltliche Sachleistungen des Unternehmers an sein „Personal“ i.S. des § 3 Abs. 1b Satz 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 9a Nr. 1 und 2 UStG

V. GRUNDSTÜCKSUMSÄTZE

1. Die Grundstücksmiet- und Grundstückspachtumsätze
2. Steuerbefreiung der Veräußerung von Grundstücken
3. Umsatzsteuerliche Fragen bei Baumaßnahmen auf fremdem Boden

VI. DIE AUSSTELLUNG VON RECHNUNGEN

1. Bedeutung und Rechtsnatur der Rechnung
2. Die Rechnung im Sinne des § 14 UStG
3. Abrechnung im Gutschriftsverfahren
4. Unrichtiger und unberechtigter Steuerausweis

VII. DER VORSTEUERABZUG

1. Grundsätzliches zum Vorsteuerabzug
2. Die Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs
3. Zeitpunkt für die Vornahme des Vorsteuerabzugs
4. Vorsteuerabzug bei Zahlung vor Ausführung der Leistung
5. Ausschluss vom Vorsteuerabzug
6. Ausschluss des Vorsteuerabzugs aufgrund von Ausschlussumsätzen
7. Die Aufteilung der Vorsteuerbeträge nach § 15 Abs. 4 UStG

VIII. DIE VORSTEUERBERICHTIGUNG NACH § 15A USTG

1. Allgemeines zur Vorsteuerberichtigung nach § 15a UStG
2. Überblick über die Vorschrift des § 15a UStG
3. Änderung der Verhältnisse i. S. des § 15a UStG
4. Vorsteuerberichtigung nach § 15a Abs. 1 UStG
5. Vorsteuerberichtigung nach § 15a Abs. 2 UStG
6. Vorsteuerberichtigung nach § 15a Abs. 3 Satz 1 Alt. 1 UStG
7. Vorsteuerberichtigung nach § 15a Abs. 3 Satz 1 Alt. 2 UStG
8. Zusammenfassung zu einem Berichtigungsobjekt
9. Veräußerung und Entnahme eines ohne Vorsteuerabzug angeschafften Pkw
10. Vorsteuerberichtigung nach § 15a Abs. 3 Satz 3 UStG
11. Vorsteuerberichtigung nach § 15a Abs. 4 UStG
12. Vorsteuerberichtigung nach § 15a Abs. 6 UStG
13. Vorsteuerberichtigung beim Wechsel der Besteuerungsform nach § 15a Abs. 7 UStG
14. Änderung der Verhältnisse nach § 15a Abs. 8 UStG
15. Vorsteuerberichtigung bei Geschäftsveräußerungen
16. Anwendbarkeit der neuen Vorschriften zur Vorsteuerberichtigung
17. Vereinfachung des Berichtigungsverfahrens

IX. STEUERSCHULDNERSCHAFT DES LEISTUNGSEMPFÄNGERS

1. Überblick
2. Funktionsweise
3. Sinn und Zweck der Umkehr der Steuerschuldnerschaft
4. Betroffene Eingangsumsätze (§ 13b Abs. 1,2 UStG)
5. Leistungsempfänger als Steuerschuldner
6. Ausnahmen vom Wechsel der Steuerschuldnerschaft (§ 13b Abs. 6 UStG)
7. Bemessungsgrundlage der Berechnung der Steuer
8. Entstehung der Steuer
9. Rechnungserteilung (§ 14a Abs. 5 UStG)
10. Vorsteuerabzug

X. BESTEUERUNG IM BINNENMARKT

1. Harmonisierung der Umsatzsteuer in der EU
2. Der innergemeinschaftliche Erwerb nach § 1a UStG
3. Die innergemeinschaftliche Lieferung (§ 6a UStG)
4. Innergemeinschaftliches Verbringen von Gegenständen (§ 3 Abs. 1a / § 1a Abs.2 UStG)
5. Das innergemeinschaftliche Reihengeschäft
6. Das innergemeinschaftliche Dreiecksgeschäft (§ 25b UStG)
7. Die „Versandhandelsregelung“ gem § 3c UStG
8. Innergemeinschaftliche Lieferung / Erwerb neuer Fahrzeuge (§ 1b UStG / § 2a UStG)

ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUER

I. ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUER

II. GRUNDTATBESTÄNDE DES ERBSTG, ZIVILRECHTLICHE GRUNDLAGEN UND GRUNDBEGRIFFE

1. Erwerbe von Todes wegen (§§ 1, 3 ErbStG)
2. Schenkungen unter Lebenden (§ 7 ErbStG)
3. Sondertatbestände zur Gesellschafternachsfolge unter Lebenden
4. Vor- und Nacherbschaft (§ 6 ErbStG)
5. Zweckzuwendungen (§ 8 ErbStG)

III. EHELICHES GÜTERRECHT

1. Zivil- und erbschaftsteuerliche Behandlung der ehelichen Güterstände (§ 5 ErbStG)
2. Erbschaftsteuerliche Behandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaft
3. Wechsel zwischen den Güterständen und rückwirkende Vereinbarungen

IV. PERSÖNLICHE STEUERPFLICHT/ ENTSTEHUNG DER STEUER/ BEWERTUNGSSTICHTAG

1. Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht (§ 2 ErbStG)
2. Entstehung der Steuer (§ 9 ErbStG)
3. Bewertungsstichtag (§ 11 ErbStG)

V. BERECHNUNG DER STEUER

1. Bereicherung (§ 10 ErbStG)
2. Sachliche Steuerbefreiungen (§ 13 ErbStG)
3. Nachlassverbindlichkeiten (§ 10 Abs. 3 bis 9 ErbStG)
4. Steuerklassen (§ 15 ErbStG)
5. Persönliche Freibeträge (§ 16 ErbStG)
6. Versorgungsfreibetrag (§ 17 ErbStG)
7. Steuertarif (§ 19 Abs. 1 ErbStG) und Härteausgleich (§ 19 Abs. 3 ErbStG)
8. Tarifbegrenzung (§ 19a ErbStG)
9. Berücksichtigung früherer Erwerbe (§ 14 ErbStG)

VI. STEUERFESTSETZUNG UND -ERHEBUNG

1. Steuerschuldnerschaft und Steuerhaftung (§ 20 ErbStG)
2. Anrechnung ausländischer Steuer (§ 21 ErbStG)
3. Kleinbetragsgrenze (§ 22 ErbStG)
4. Besteuerung von Renten, Nutzungen und Leistungen (§ 23 ErbStG) und Erwerb bei Nutzungs- oder Rentenlast
5. Mehrfacher Erwerb desselben Vermögens (§ 27 ErbStG)
6. Stundung (§ 28 ErbStG)
7. Erlöschen der Steuer in besonderen Fällen (§ 29 ErbStG)
8. Anzeigepflichten (§ 30 ErbStG)
9. Ermäßigung nach § 35b EStG

BEWERTUNGSRECHT

I. ALLGEMEINE REGELN DES BEWERTUNGSGESETZES

1. Aufgaben, Gliederung und Geltungsbereich des Bewertungsgesetzes
2. Wirtschaftliche Einheit, Wirtschaftsgüter von Ehegatten, Bewertung bei mehreren Eigentümern
3. Bewertung von Kapitalforderungen und Kapitalschulden (§ 12 BewG)
4. Bewertung von wiederkehrenden Nutzungen und Leistungen (§§ 13 ff. BewG)

II. BESONDERE BEWERTUNGSVORSCHRIFTEN

1. Bewertung von Wertpapieren und Anteilen (§11 BewG)
2. Inländisches Betriebsvermögen (§ 95 ff. BewG)
3. Vereinfachtes Ertragswertverfahren (§§ 199 ff. BewG)
4. Bewertung des Grundvermögens (§§ 176 ff. BewG), unbebaute und bebaute Grundstücke, Vergleichs-, Ertrags- und Sachwertverfahren, Erbbaurechte, Gebäude auf fremden Grund und Boden, Grundstücke im Zustand der Bebauung
5. Feststellungsverfahren

EINKOMMENSTEUER

I. STEUERLICHE BEHANDLUNG VON GEBÄUDEN

1. Abgrenzungen: Gebäude – selbständige Wirtschaftsgüter – selbständige Gebäudeteile
2. AfA - Bemessungsgrundlage (BMGr) und AfA bei Gebäuden:
3. AfA-Methoden, Wechsel
4. AfA-Bemessungsgrundlage bei Herstellung, Anschaffung, unentgeltlichem/teilentgeltlichem
5. Erwerb, nach Entnahmen und Einlage
Veränderung der AfA-Bemessungsgrundlage durch Abbruch, nachträglichen/anschaffungsnahe Herstellungskosten

II. PRIVATE VERÄUßERUNGSGESCHÄFTE

1. Gegenstand von privaten Veräußerungsgeschäften, § 23 EStG
2. Veräußerungsgeschäfte mit zu eigenen Wohnzwecken genutzten Immobilien
3. Anschaffung und Veräußerung
4. Fristberechnung
5. Ermittlung von Gewinnen bzw. Verlusten aus privaten Veräußerungsgeschäften
6. Freigrenze
7. Berücksichtigung von Verlusten

III. VERÄUßERUNG VON ANTEILEN AN KAPITALGESELLSCHAFTEN IM PRIVATVERMÖGEN

1 Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften i.S.d. § 17 EStG

- 1.1 Geltungsbereich des § 17 EStG
- 1.2 Veräußerungstatbestand des § 17 Abs. 1 EStG
- 1.3 Ermittlung des Veräußerungsgewinns
- 1.4 Freibetrag nach § 17 Abs. 3 EStG
- 1.5 Beschränkte Verlustberücksichtigung
- 1.6 Einfluss späterer Vorgänge auf den Veräußerungsgewinn
- 1.7 Liquidation und Kapitalherabsetzung

2 Veräußerung von übrigen Anteilen an Kapitalgesellschaften

IV. VERÄUßERUNG UND AUFGABE EINES BETRIEBS

1. Betriebsveräußerung
2. Betriebsaufgabe
3. Ermittlung Veräußerungs-, Aufgabegewinn, Veräußerungspreis, -kosten, Buchwert des Betriebs
4. Freibetrag nach § 16 Abs. 4 EStG
5. Sonderthemen:
Unentgeltliche Betriebsübertragung, gemischte Schenkung, vorweggenommene Erbfolge, Besonderheiten § 6b-Rücklage, zurückbehaltene Wirtschaftsgüter, Einkünfte nach Betriebsveräußerung, -aufgabe, nachträgliche Veräußerung des Kaufpreises

V. VERPACHTUNG VON BETRIEBEN

1. Verpachtungswahlrecht
2. Betriebsaufgabe
3. Betriebsfortführung („ruhender Betrieb“)
4. Substanzerhaltungsklausel

VI. BETRIEBSAUFSPALTUNG

1. Sachliche und personelle Voraussetzungen der Betriebsaufspaltung
2. Mitunternehmerische Betriebsaufspaltung
3. Rechtsfolgen der Betriebsaufspaltung

VII. BESTEUERUNG VON WIEDERKEHRENDEN BEZÜGEN

1. Begriffe und Merkmale
2. Erscheinungsformen der wiederkehrenden Bezüge
3. Einteilung der wiederkehrenden Bezüge („kurz“ Renten)
4. Steuerliche Behandlung der betrieblichen Renten (Veräußerungs-, Versorgungsrenten)
5. Steuerliche Behandlung der privaten Renten (Veräußerungs-, Versorgungsrenten)
6. Besteuerung der privaten Leibrenten nach § 22 EStG

VIII. DER ERBE IM EINKOMMENSTEUERRECHT

1. Allgemeines und zivilrechtliche Grundlagen
2. Nachlass besteht aus Betriebsvermögen
3. Nachlass besteht aufs Privatvermögen
4. Mischnachlässe
5. Erfüllung von Vermächtnissen und Pflichtteilsansprüchen
6. Besonderheiten bei Vorausvermächtnissen

IX. EINKÜNFTE AUS VERMIETUNG UND VERPACHTUNG

1. Abgrenzungen, Zurechnung von Einkünften
2. Grundstücke, Sachinbegriffe, grundstücksgleiche Rechte

X. NUTZUNGSRECHTE AN GRUNDSTÜCKEN

1. Überblick (zivilrechtliche Grundlagen, Arten, Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung)
2. Einkommensteuerliche Behandlung privater Nutzungsrechte
Zuwendungs-, Vorbehaltsnutzungsrechte/Vermächtnis-, Bruchteilnießbrauch/dingliches Wohnrecht/Ablösung von Nutzungsrechten)
3. Betriebliche Nutzungsrechte/Nutzungseinlagen

XI. ABGRENZUNG DES GEWERBEBETRIEBS VON DER VERMÖGENSVERWALTUNG

1. Begriffe und Abgrenzungen/Fruchtziehung aus dem Vermögen
2. Anschaffung und Veräußerung von Vermögen
Wertpapiergeschäfte, Grundstücksgeschäfte (gewerblicher Grundstückshandel)

XII. BESCHRÄNKUNGEN DER ABZUGSFÄHIGKEIT VON BETRIEBSAUSGABEN

1. Nicht abziehbare Betriebsausgaben (§ 4 Abs. 5, 5a und 7 EStG)
2. Beschränkung des Abzugs von Finanzierungskosten (§§ 4 Abs. 4a, 4h EStG)

XIII. AKTUELLE RECHTSÄNDERUNGEN (ERSCHEINT NUR BEI BEDARF)

KÖRPERSCHAFTSTEUER

I. STEUERPFlicht UND ZU VERSTEUERNDES EINKOMMEN

1. Steuerpflicht
2. Ermittlung des Einkommens
3. Steuerfreie Vermögensmehrungen
4. Nicht abziehbare Betriebsausgaben
5. Abziehbare Aufwendungen (§ 9 KStG)
6. Verlustabzug
7. Tarif

II. VERDECKTE GEWINNAUSSCHÜTTUNGEN UND VERDECKTE EINLAGEN

1. Die verdeckte Gewinnausschüttung
2. Bewertung der verdeckten Gewinnausschüttungen
3. Grundfälle von verdeckten Gewinnausschüttungen
4. Korrespondierende Besteuerung von verdeckten Gewinnausschüttungen
5. Verdeckte Gewinnausschüttungen und Umsatzsteuer
6. Rückgängigmachung von verdeckten Gewinnausschüttungen
7. Verdeckte Gewinnausschüttungen bei einer GmbH & Co. KG
8. Verdeckte Gewinnausschüttungen bei einer GmbH & Still
9. Organschaft und verdeckte Gewinnausschüttungen

III. VERDECKTE EINLAGEN

1. Gesellschaftliche und gesellschaftsrechtliche Einlagen
2. Verdeckte Einlagen
3. Korrespondierende Besteuerung von verdeckten Einlagen

IV. KÖRPERSCHAFTSTEUERLICHE FOLGEN BEI AUSSCHÜTTUNGEN VON KAPITALGESELLSCHAFTEN

1. Körperschaftsteuerguthaben
2. Körperschaftsteuererhöhungen

V. NICHT IN DAS NENNKAPITAL GELEISTETE EINLAGEN

1. Allgemeines
2. Erhöhung des steuerlichen Einlagekontos
3. Verwendung des steuerlichen Einlagekontos für Leistungen der Körperschaft

VI. AUSWIRKUNGEN DER AUSSCHÜTTUNGEN AUF DIE ANTELSEIGNER

1. Allgemeines
2. Anwendung des § 3c Abs. 2 EStG
3. Anwendung des § 3c Abs. 1 EStG

VII. BESTEUERUNG DER AUSLÄNDISCHEN EINKÜNFTE

1. Grundsätzliches
2. Freistellungsmethode
3. Anrechnungsmethode

VIII. KAPITALERHÖHUNG UND KAPITALHERABSETZUNG

1. Kapitalerhöhung
2. Kapitalherabsetzung

IX. LIQUIDATION VON KÖRPERSCHAFTEN

1. Allgemeines
2. Besteuerung der Kapitalgesellschaft im Abwicklungszeitraum
3. Besteuerung bei den Anteilseignern

X. VERLUSTABZUG

1. Allgemeine Ausführungen
2. Verlustabzug nach § 8 Abs. 4 KStG
3. Verlustabzug nach § 8c KStG

XI. BETEILIGUNG AN ANDEREN KÖRPERSCHAFTEN (§ 8B KSTG)

1. Allgemeines
2. Steuerbefreiung der zwischen Körperschaften gezahlten Dividenden
3. Steuerbefreiung für Gewinne aus der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen
4. Ausnahmen von der Steuerbefreiung nach § 8b Abs. 4 KStG a.F.
5. Veräußerungsgewinn in einer Mitunternehmerschaft
6. Kurzfristiger Handel bei Banken und Finanzdienstleistern
7. Bekämpfung von Steuergestaltungen mit der Wertpapieranleihe – § 8b Abs. 10 KStG

XII. DIE ORGANSCHAFT IM KÖRPERSCHAFTSTEUERRECHT

1. Einleitung
2. Voraussetzungen der Organschaft
3. Auswirkungen der Organschaft
4. Ausgleichszahlungen
5. Bildung und Auflösung besonderer Ausgleichsposten – Behandlung von Mehr- oder Minderabführungen in vertraglicher Zeit
6. Bildung und Auflösung besonderer Ausgleichsposten – Behandlung von Mehr- oder Minderabführungen in vorvertraglicher Zeit
7. Teilwertabschreibungen auf Organbeteiligungen
8. Tarifvorschriften
9. Übungsfall zur Organschaft

GEWERBESTEUER

I. DAS SYSTEM DER GEWERBESTEUER

II. GEGENSTAND DER BESTEUERUNG

1. Stehender Gewerbebetrieb
2. Formen der Gewerbebetriebe

III. BEGINN / ENDE DER STEUERPFLICHT, UNTERNEHMERWECHSEL

1. Beginn der Gewerbesteuerpflicht
2. Ende der Gewerbesteuerpflicht
3. Unternehmeridentität, Unternehmensidentität
4. Hinzurechnungen und Kürzungen (§§ 8 und 9 GewStG)
5. Gewerbesteuerrückstellung

IV. GEWERBEVERLUSTE

V. GEWERBESTEUERLICHE ORGANSCHAFT

INTERNATIONALES STEUERRECHT

I. GRUNDLAGEN DES INTERNATIONALEN STEUERRECHTS

1. Rechtsquellen
2. Grundbegriffe

II. DOPPELBESTEUERUNG ALS PROBLEM DER INTERNATIONALEN BESTEUERUNG

1. Gründe
2. Befreiung
3. Anrechnung
4. Abzug
5. Pauschalierung, Erlass

III. MINDERBESTEUERUNG ALS PROBLEM DER INTERNATIONALEN BESTEUERUNG

1. Gründe
2. Verrechnungspreise (§ 1 AStG)
3. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht (§§ 2 – 5 AStG)
4. Wegzugsbesteuerung (§ 6 AStG)
5. Negative ausländische Einkünfte (§ 2a EStG)

IV. DOPPELBESTEUERUNGSRECHT

1. Entwicklung und Bedeutung für die Besteuerung
2. Verhältnis zum innerstaatlichen Recht
3. Das OECD-Musterabkommen
4. Abkommensrechtliche Definitionen
5. Abkommensrechtliche Einkunftsarten
6. Zuordnungsvorschriften
7. OECD-Musterabkommen zu Vermögensteuer und Erbschaftsteuer
8. Missbrauch von Doppelbesteuerungsabkommen (treaty-shopping)

V. EINZELHEITEN DER BESTEUERUNG NATÜRLICHER PERSONEN

1. Unbeschränkte Steuerpflicht auf Antrag (§ 1 Abs. 3 EStG – Grenzpendler)
2. Fiktive unbeschränkte Steuerpflicht (§ 1a EStG)
3. Beschränkte Steuerpflicht (§ 49 EStG)
4. Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen
5. Veranlagung beschränkt Steuerpflichtiger

VI. EINZELHEITEN DER BESTEUERUNG VON KÖRPERSCHAFTEN

1. Unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht
2. Beteiligung an ausländischen Körperschaften
3. Verlegung der Geschäftsleitung in das Ausland (§ 12 KStG)

VII. HINZURECHNUNGSBESTEUERUNG (§§ 7 – 14 ASTG)

1. Zweck, Voraussetzungen und Wirkungsweise
2. Bestimmung des Hinzurechnungsbetrages
3. Nachgeschaltete Zwischengesellschaft
4. Erweiterte Hinzurechnungsbesteuerung

VIII. GEWERBESTEUERPFLICHT INLÄNDISCHER BETRIEBSSTÄTTEN

IX. ERBSCHAFTSTEUER IM INTERNATIONALEN STEUERRECHT

X. VERRECHNUNGSPREISPROBLEMATIK

1. Steuerliche Implikationen und Probleme von Verrechnungspreisen
2. Bestimmungsmethoden des unter fremden Dritten üblichen Entgelts (arms-length-Prinzip)
3. Verschärfte Dokumentationsanforderungen (§§ 90 Abs. 3, 162 Abs. 3 und 4 AO)

XI. DER EINFLUSS VON EU-RECHT AUF DIE NATIONALE BESTEUERUNG

1. Verhältnis von EU-Recht zu nationalem Recht bei der Besteuerung
2. Verhältnis von EU-Recht zu nationalem Recht bei der Besteuerung

BILANZSTEUERRECHT

I. BETRIEBSVERMÖGENSVERGLEICH

1. Umfang des Betriebsvermögens
2. Entnahmen und Einlagen
3. Bewertungsmaßstäbe

II. ABSCHREIBUNGEN

1. Begriff im Handelsrecht und im Steuerrecht
2. Die verschiedenen AfA-Methoden

III. SONDERFÄLLE BEIM ANLAGEVERMÖGEN

1. Mietkaufverträge
2. Finanzierungsleasing
3. Rentenkauf
4. Ausscheiden von Wirtschaftsgütern aus dem Betriebsvermögen
5. Zuschreibungen beim abnutzbaren Anlagevermögen

IV. SONDERFÄLLE BEIM UMLAUFVERMÖGEN

1. Grundsätze der Warenbewertung und ihre Ausnahmen
2. Hinweis zu Geschäften der Verkaufskommission
3. Ladenhüterbewertung
4. Forderungen und ihre Wertberichtigung

V. WEITERE AKTIVPOSTEN

1. Die Posten der Rechnungsabgrenzung
2. Immaterielle Wirtschaftsgüter

VI. RÜCKSTELLUNGEN

1. Begriff Rückstellungen
2. Beispielfälle

VII. ANSATZ- UND BEWERTUNGSVORSCHRIFTEN NACH DEM HGB

1. Allgemeine Vorschriften zum Jahresabschluss (§§ 242 – 245 HGB)
2. Ansatzvorschriften des HGB (§§ 246 – 251 HGB)
3. Bewertungsvorschriften des HGB (§§ 252 – 256, 279 HGB)
4. Ergänzende Vorschriften für Kapitalgesellschaften (§§ 264 – 335 HGB)
5. Literatur- und Rechtsprechungshinweise
6. Änderungen durch das BilMoG

VIII. BETEILIGUNGEN IM BETRIEBSVERMÖGEN

1. Arten
2. Begriff
3. Bewertung von Beteiligungen
4. Ertrag aus Beteiligungen
5. Anschaffungskosten und Teilwert von Beteiligungen
6. Beispiele zu Beteiligungen

IX. GMBH UND CO KG

1. Arten
2. Ertragsteuerliche Beurteilung der GmbH & Co KG

X. GRUNDZÜGE § 15A EStG

1. Zielsetzung des § 15a EStG
2. Umfang des Kapitalkontos i.S.d. § 15a EStG
3. Zahlenbeispiele zu § 15a EStG
4. Zum Ausscheiden eines Kommanditisten mit negativem Kapitalkonto aus einer KG

XI. WERTPAPIERE IM BETRIEBSVERMÖGEN

1. Arten
2. Anschaffungskosten von Wertpapieren
3. Teilwertermittlung bei Wertpapieren
4. Gratisaktien (Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln)
5. Bezugsrechte bei Kapitalerhöhung aus Gesellschaftermitteln
6. § 6b EStG und Wertpapiere des Betriebsvermögens
7. Beispiele zu Wertpapieren im Betriebsvermögen

XII. BILANZÄNDERUNG UND BILANZBERICHTIGUNG

1. Begriffe
2. Technik der Mehr- und Wenigerrechnung
3. Anpassung des Anfangskapitals, Herstellen des Bilanzenzusammenhangs
4. Besonderheiten beim Herstellen des Bilanzenzusammenhangs bei Personengesellschaften

XIII. DIE GEWINNERMITTLUNG NACH § 4 ABS. 1 UND § 5 EStG SOWIE NACH § 4 ABS. 3 EStG

1. Persönlicher Anwendungsbereich
2. Vergleich der beiden Gewinnermittlungsarten
3. Die gängigsten Sonderfälle der § 4 Abs. 3-Rechnung
4. Der Wechsel der Gewinnermittlungsart

XIV. PERSONENGESELLSCHAFTEN SOWIE GRUNDZÜGE UMWANDLUNGSRECHT UND UMWANDLUNGSSTEUERRECHT

1. Gründung von Personengesellschaften
2. Gesellschafterwechsel
3. Ausscheiden eines Gesellschafters
4. § 6b EStG bei Personengesellschaften
5. Das Umwandlungsgesetz (UmwG)
6. Zum Verhältnis von Umwandlungsgesetz (UmwG) und Umwandlungssteuergesetz (UmwStG)
7. Das Umwandlungssteuergesetz (UmwStG) und seine zehn Teile
8. Grundfälle nach dem UmwStG
9. Wiederholung und Kurzdarstellung in Tabellenform
10. Rechtsänderungen

GRUNDERWERBSTEUER

I. ALLGEMEINES

1. Charakter der Grunderwerbsteuer (GrESt)
2. Rechtsgrundlagen
3. Verhältnis zu anderen Steuern
4. Allgemeines Prüfungsschema

II. DER BEGRIFF DES GRUNDSTÜCKES

III. DER ERWERBSVORGANG

1. Rechtsträger
2. Erwerbstatbestände

IV. STEUERBEFREIUNGEN

1. Allgemeine Steuerbefreiungen nach § 3 GrEStG
2. Besondere Steuerbefreiungen nach § 4 GrEStG
3. Beteiligungen von Gesamthandsgemeinschaften §§ 5, 6 GrEStG

V. BEMESSUNGSGRUNDLAGE

VI. HÖHE DER STEUER

VII. VERFAHRENSRECHTLICHE HINWEISE

GRUNDZÜGE DER GRUNDSTEUER

I. ALLGEMEINES

II. STEUERPFLICHT

III. BERECHNUNG DER GRUNDSTEUER

IV. FESTSETZUNG UND ERHEBUNG DER GRUNDSTEUER DURCH DIE GEMEINDEN

V. ERHEBUNG DER GRUNDSTEUER FÜR GRUNDSTÜCKE OHNE EIN-HEITSWERT

VI. REFORM DER GRUNDSTEUER

Stand: 28.1.2011

Änderungen zur Aktualisierung vorbehalten